

Studien zur Theorie und Empirie der Demokratie

Michel Dormal

Nation und Repräsentation

Theorie, Geschichte und Gegenwart
eines umstrittenen Verhältnisses



Nomos

Studien zur Theorie und Empirie der Demokratie

herausgegeben von

Markus Linden

Winfried Thaa

Michel Dormal

Nation und Repräsentation

Theorie, Geschichte und Gegenwart
eines umstrittenen Verhältnisses



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4036-9 (Print)

ISBN 978-3-8452-8336-4 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	9
1.1 Das Thema	9
1.2 Relevanz und Einordnung	12
1.3 Aufbau	14
<i>I. Theorie</i>	17
2. Die Theorie der Nation und das Politische	19
2.1 Was ist eine Nation?	19
2.2 Modernisierung, Industrialisierung, Differenzierung	23
2.3 Säkulare Öffentlichkeit und leere Zeit	28
2.4 Die Theorie der ethnischen Ursprünge	35
2.5 Nation und moderne Souveränität	38
2.6 Nationalismus als Politics	45
2.7 Staatsbürgerschaft und Rechte	47
2.8 Soziale Gerechtigkeit und nationaler Klassenkompromiss	52
2.9 Narration und Nation	55
2.10 Schattenseiten der Nation: Homogenisierung und Exklusion	59
2.11 Zusammenfassung und Diskussion	63
3. Theorie der Repräsentation und vorgestellte Gemeinschaft. Eine konflikttheoretische Perspektive	69
3.1 Einleitung und Forschungsstand	70
3.1.1 Systematisierung der Forschungsdebatte	70
3.1.2 Konturen des Repräsentationsbegriffs	72
3.2 Der leere Ort der Macht und die Repräsentation	74
3.2.1 Konstitutive Macht	74
3.2.2 Der leere Ort der Macht	78

Inhaltsverzeichnis

3.2.3 Die Repräsentation des Konflikts	85
3.3 Repräsentation und politisches Urteilen	90
3.3.1 Was ist politisches Urteilen?	90
3.3.2 Politische Repräsentation als Raum des Urteilens	91
3.3.3 Die doppelte Verallgemeinerungsleistung repräsentativen Urteilens	96
3.3.4 Die narrative Dimension der Demokratie	99
3.4 Die vermittelnde Rolle des Parteiensystems	102
3.4.1 Die Waisenkinder der Politischen Theorie	102
3.4.2 Der Wandel vom Parlamentarismus zur Parteiendemokratie	103
3.4.3 Die figurative Dimension des Parteiensystems	107
3.5 Repräsentation und Hegemonie	113
3.5.1 Die Dimension des Gemeinsamen	114
3.5.2 Repräsentation und Hegemonie	118
3.5.3 Die symbolische Repräsentation	123
3.5.4 Repräsentation und Ideologie	125
3.6 Zusammenfassung und Diskussion	130
<i>II. Geschichte</i>	135
4. Von der abstrakten Nationalrepräsentation zur Politisierung des Konflikts. Volk und Nation in der Ideengeschichte der politischen Repräsentation	137
4.1 Methodische Anmerkungen	137
4.2 Die Genese der abstrakten Nationalrepräsentation	141
4.2.1 Identität von oben: Absolutistische Staatsrepräsentation	141
4.2.2 Identität von unten statt Repräsentation	146
4.2.3 Nationalrepräsentation als Synthese	149
4.2.4 Zusammenfassung	155
4.3 Der Einzug des Gesellschaftlichen in die Nationalrepräsentation	156
4.3.1 Die konservative Kritik der Abstraktion: Burke	157
4.3.2 Repräsentation als Vermittlung von Besonderem und Allgemeinem	160

4.3.3 Die sozialistische Kritik der Abstraktion	167
4.3.4 Zusammenfassung	176
4.4. Repräsentation zwischen Klassenkampf und Nationalismus	177
4.4.1 Zwischen Politisierung und Verkörperung: Proportionale Repräsentation	178
4.4.2 Entpolitisierung und Nation ohne Bürger: Funktionale Repräsentation	181
4.4.3 Zwischen Parteiendemokratie und Nationalismus: Die Weimarer Debatte	187
4.4.4 Zusammenfassung	195
4.5 Zusammenfassung und Diskussion	196
5. Nation und Repräsentation in der Demokratie: Eine historische Fallstudie	201
5.1 Warum Luxemburg?	201
5.2 Die Genese der Nationalrepräsentation	202
5.2.1 Das Entstehen einer liberalen Öffentlichkeit	202
5.2.2 Von der Logik des Privilegs zur Gemeinschaft der Gleichen	204
5.3 Die Nationalisierung der Einheitsrepräsentation	207
5.4 Der Einzug des Konflikts in die Repräsentation	210
5.5 Weimarer Debatten in Luxemburg	213
5.5.1 Die nationalistische Phantasie der Einheitsrepräsentation	214
5.5.2 Von der Krise zur Verteidigung der Demokratie	216
5.6 Zusammenfassung und Diskussion	219
<i>III. Gegenwart</i>	221
6. Postnationale Repräsentation? Die aktuelle Debatte	223
6.1 Repräsentation im demokratischen Nationalstaat – ein Fall fürs Museum?	223
6.2 Grenzenlose Demokratie?	227
6.2.1 Vom Primat des Volkes zur Forderung nach globaler Demokratie	227

Inhaltsverzeichnis

6.2.2 Der Handlungscharakter von Repräsentation	231
6.2.3 Der Konfliktcharakter von Repräsentation	236
6.2.4 Die Autonomie des Demos	241
6.2.5 Demokratie in Europa: Konfliktrepräsentation statt verordneter Integration	244
6.3 Staatsbürgerschaft: Eine demokratietheoretische Verteidigung	246
6.3.1 Rechte in Zeiten globaler Migration	246
6.3.2 Für ein politisches Verständnis von Staatsbürgerschaft	249
6.3.3 Für ein reflexives Verständnis von Staatsbürgerschaft	254
7. Schluss. Für einen konfliktiven Republikanismus	259
Literatur	267
Personenindex	297

1. Einleitung

1.1 *Das Thema*

Dieses Buch erscheint zu einer Zeit, in der Anhänger und Gegner der Nation einander in der Öffentlichkeit hart gegenüberstehen. Man scheint Partei ergreifen zu müssen: Entweder für Brexit, Trump und rückwärtsgewandte Abschottung oder für Weltbürgertum und den freien Verkehr von Menschen und Waren. Gleichwohl ich anderswo zur kritischen Analyse dieser Konfliktlinie ebenfalls einen Beitrag geleistet habe (Dormal 2017a), verweigert das vorliegende Buch sich aber dieser vom Tagesgeschehen diktierten schematischen Frontstellung. Wer es bis zum Ende liest, wird feststellen, dass das Buch durchaus einen Standpunkt einnimmt. Aber es ist weder einer nationalen noch einer postnationalen Mission verpflichtet. Stattdessen beleuchtet es jene Vermittlungen, Ambivalenzen und historischen Übergänge, die das Verhältnis von Nation und repräsentativer Demokratie seit jeher prägen, und bietet mit dem ‚konfliktiven Republikanismus‘ einen alternativen theoretischen Deutungsrahmen für dieses Verhältnis an.

Nation und Repräsentation sind nicht erst seit der Wahl eines populistischen Unternehmers zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zentrale Themen der Geistes- und Sozialwissenschaften. Verbindungen beider Begriffe prägen seit langem unsere politische Sprache. So spricht man davon, dass Staatschefs oder Botschafter ihre Nation ‚repräsentieren‘. Auch die Mitglieder von Nationalversammlungen und Parlamenten scheinen – allerdings auf eine andere Weise, nämlich in ihrer körperschaftlichen Gesamtheit – die Nation zu ‚repräsentieren‘ (vgl. Pitkin 1972; Rehfeld 2006). Kulturwissenschaftler sagen uns, dass umgedreht die Konstruktion einer gemeinsamen nationalen Identität und Geschichte maßgeblich durch kulturelle „Repräsentationen“ funktioniert, womit z. B. bestimmte Darstellungen und Deutungen von Gemeinschaft in der Literatur gemeint sind (Bhaba 1990; Link und Wülfing 1991). Die Verbindung zwischen Nation und Repräsentation hat also, ganz allgemein gesprochen, etwas damit zu tun, dass beide ein ‚imaginäres‘ Moment besitzen, etwas Abwesendes gegenwärtig machen. Der Politiker soll das Land und dessen Bürger vertreten, die selbst nur bei besonderen Ereignissen wie Wahlen

1. Einleitung

oder Demonstrationen vorübergehend sichtbar werden. Die Konstruktion einer nationalen Geschichte in der Literatur oder der Kunst soll ermöglichen, dass wir uns als Teil einer größeren, durch ein gemeinsames Schicksal verbundenen Gemeinschaft begreifen, auch wenn wir die identitätsstiftenden Ereignisse nicht selbst erlebt haben und den anderen Mitgliedern der Gemeinschaft nie persönlich begegnen. Man könnte also sagen: Nation bedarf der Repräsentation. Und nicht wenige Konzeptionen von Repräsentation – die insbesondere im modernen Verfassungsrecht tiefe Spuren hinterlassen haben (Brunet 2004) – unterstellen explizit oder implizit die Nation als das, was abgebildet oder vertreten werden soll. Forschungen zu diesen Verbindungen findet man in der Politikwissenschaft, aber auch in der Geschichte, der Soziologie oder der Kulturanthropologie. Der Begriff der Repräsentation wird dabei bisweilen sehr weit gefasst und gleichbedeutend mit jeder Art von medialer und diskursiver Abbildung, Bezeichnung oder Darstellung verwendet (etwa Péporté u. a. 2010).

In meinem Buch steht die politische Repräsentation im engeren Sinne im Vordergrund. Auch diese besitzt eine ästhetische Komponente des Abbildens, Zur-Schau-Stellens und Bebilderns. Schließlich kann nicht nur ein Gemälde, sondern auch eine Geste, ein Körper oder ein Wort eines Politikers etwas symbolisch darstellen (Manow 2008; Diehl 2015). Zugleich soll politische Repräsentation in Demokratien aber auch der Willensbildung dienen, Interessen aggregieren, die Partizipation der Bürger sichern und die Verantwortlichkeit der Amtsinhaber institutionalisieren. Es ist daher nicht zielführend, nach einer zeitlosen, von der historischen Konfiguration des Politischen unabhängigen Definition oder Kernbedeutung des Repräsentationsbegriffs zu fahnden. Der Gegenstand und der Sinn politischer Repräsentation veränderten sich historisch stets zusammen mit den Formen des Politischen, verstanden als „Beziehungs- und Spannungsfeld, (...) in dem (...) eine Ordnung des Zusammenlebens geschaffen und praktiziert, Entscheidungen über gemeinsam interessierende Fragen getroffen und Positionen umkämpft werden, von denen her diese Entscheidungen zu beeinflussen sind“ (Meier 1995, 16 f.). Repräsentationsansprüche können dabei zu politischen Waffen werden und bisweilen in scharfen Gegensatz zueinander treten. Wenn beispielsweise dem Monarchen nach 1789 im Namen der Nation abgesprochen wurde, der legitime Repräsentant des Gemeinwesens zu sein, richtete sich die nationale Vorstellung gegen die zuvor dominierende Repräsentationsform. Zu sagen, dass die Nation repräsentiert wird, bedeutete im Absolutismus nicht dasselbe wie in der liberalen Elitendemokratie des 19. Jahrhunderts, die von den Zeitgenossen oft

nur als ‚representative government‘ schlechthin bezeichnet wurde, und in jener wiederum nicht dasselbe wie in der Massendemokratie des 20. Jahrhunderts. Eine Analyse des Verhältnisses von Nation und Repräsentation ist daher immer auch Geschichtsschreibung des Politischen.

Diese wechselvolle Beziehung zwischen Nation und Repräsentation im Zusammenspiel mit den sich wandelnden Grundstrukturen des Politischen ist das Thema des Buches, das auf einigen (zwischenzeitlich überarbeiteten und um gegenwartsbezogene Überlegungen ergänzten) Kapiteln meiner im Jahr 2014 abgeschlossenen Dissertation beruht. Letztere beinhaltete außerdem noch eine längere empirische Fallstudie, die im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Geschichte der Partizipation in Luxemburg angefertigt wurde und gesondert publiziert wird. Einige empirische Ergebnisse werden im fünften Kapitel des vorliegenden Bandes resümiert. In den restlichen Kapiteln wird dem Verhältnis von Nation und Repräsentation dagegen primär auf demokratietheoretischer und ideengeschichtlicher Ebene nachgegangen. Im Zentrum steht dabei der Wandel politischer Einheits- und Gemeinschaftsvorstellungen im Zuge der demokratischen Revolution. Welche Rolle spielte die Demokratisierung für das Entstehen einer geteilten Vorstellung der Nation? Wie förderten und veränderten Kämpfe um Repräsentation die Konstruktion und Wahrnehmung politischer Gemeinschaft? Auf diese Fragen will das Buch zumindest in Ansätzen neue Antworten entwickeln. Es tut dies, indem es eine politische Theorie entwirft, der zufolge zwischen Nationsbildungsprozessen und der Demokratisierung der politischen Repräsentation nicht nur ein äußerlicher, sondern ein interner Zusammenhang besteht. Demokratisierung wird dabei aber nicht als linearer Prozess der Inklusion von immer mehr Bevölkerungsschichten in eine feste, übergeordnete Einheit verstanden, sondern konflikttheoretisch. In den westeuropäischen Demokratien, in denen Staatlichkeit und politische Institutionen lange vor jeder Form eines Nationalbewusstseins und auch vor der Etablierung einer demokratischen Herrschaftsform bestanden, war es demnach – so die zentrale These des Buches – vor allem die Erfahrung der öffentlichen Auseinandersetzung um Repräsentation innerhalb bestehender, ursprünglich aber keineswegs demokratisch oder national legitimierter Institutionen, die es einer Mehrheit der Menschen nahelegte, auf nationale Narrative, Symbole und Grenzziehungen zurückzugreifen und sich mehr und mehr als Teil einer vorgestellten Gemeinschaft zu verstehen.

1. Einleitung

1.2 Relevanz und Einordnung

Um die empirische Relevanz des Themas zu verdeutlichen, genügt ein Blick auf die politische Aktualität. Im Strudel der Finanz- und Staatsschuldenkrise ist die Europäische Union, die lange Jahre als Musterbeispiel eines gelungenen Umbaus nationalstaatlicher Politik hin zu postnationalen Regierungsformen galt, längst auch in eine genuin politische Krise geraten (Blätter für deutsche und internationale Politik 2013). Ein möglicher Ausschluss Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion mit unabsehbaren Folgen stand zeitweilig im Raum und mit Großbritannien hat einer der wichtigsten Staaten der EU in einer Volksabstimmung im Juni 2016 seinen Austrittswunsch bekundet. Über das notwendige und das zulässige Maß an supranationaler Solidarität, politischer Integration und demokratischer Verantwortlichkeit herrscht weniger Einigkeit denn je. Auch die notorisch niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament und die Erfolge von Rechtspopulisten gerade bei den europäischen Wahlen illustrieren die Schwierigkeiten des Versuchs, demokratische Repräsentationsformen jenseits des Nationalstaats zu etablieren. Die Politikwissenschaft wird von diesen Schwierigkeiten nicht gänzlich überrascht, hatten einige Autoren doch schon seit längerem davor gewarnt, dass die Denationalisierung von Politik mit einem Niedergang demokratischer Repräsentation zugunsten von „post-parliamentary governance“ (Andersen und Burns 1996, 229) und beschränkter „Output-Legitimität“ (Scharpf 2004) einhergehe. Scharpf macht in dem zitierten Papier sogar explizit das Fehlen einer starken kollektiven Identität als Grund für diese Probleme aus. Andere Autorinnen halten dagegen, dass die Demokratie sich eigentlich auch gut ohne Begriffe wie Volk und Volkssouveränität denken lasse (Colliot-Thélène 2011). Vor diesem Hintergrund ist eine genauere, demokratietheoretisch fundierte Beschäftigung mit dem Verhältnis von Repräsentation, Demokratie und Nation angebracht. Ich mache dabei eine ganz bestimmte pluralismus- und konflikttheoretische Sichtweise stark, die die historische Leistung nationalstaatlicher repräsentativer Demokratie vor allem in der Abbildung und Konfiguration gesellschaftlicher Konfliktlinien auf der Bühne der politischen Repräsentation sieht. Auf die Gretchenfrage der Zukunft – „is global democracy possible?“ (Koenig-Archibugi 2011) – kann und will das Buch keine endgültige Antwort geben. Es geht mir in der Hauptsache darum, die Genese und die Grundlagen der alten nationalstaatlich-repräsentativen Demokratie besser zu verstehen. Im letzten Kapitel werden dennoch einige Argumente hinsichtlich der (Un-)Möglichkeit

supra- und postnationaler Demokratie angedeutet, die die Diskussion meines Erachtens in die richtige Richtung lenken können.

Zu der empirischen Relevanz kommen genuin theoretische Desiderate. Bereits vor über drei Jahrzehnten wurde der defizitäre Zustand politikwissenschaftlicher Repräsentationstheorie moniert (Eulau 1978, 31). Nicht zuletzt angesichts sich häufender Stimmen, die eine Krise der Repräsentation diagnostizieren (vgl. Linden und Thaa 2011b), ohne dass aber wirklich klar wäre, wie gelungene Repräsentation aussieht, wurde dieser kritische Befund in den letzten Jahren verstärkt aufgegriffen und ein erneuertes und erweitertes Verständnis des Repräsentationsbegriffs eingefordert (z. B. Urbinati und Warren 2008). Was ist das Kriterium funktionierender politischer Repräsentation? Was bedeuten Begriffe wie ‚Repräsentant‘ oder ‚Repräsentativität‘ in der Sphäre des Politischen im Unterschied zu jener der Kunst oder des Rechts? Wie verhalten sich Repräsentation und Demokratie zueinander? Handelt es sich im Kern um Gegensätze (Pitkin 2004) oder ist das eine nicht ohne das andere denkbar (Näsström 2006)? Das Buch leistet zur Klärung dieser Fragen einen Beitrag. Es tut das durch die theoretische Arbeit am Begriff, aber auch, indem es einen Blick zurückwirft und die keineswegs widerspruchsfreie Entwicklung und Problematisierung demokratischer Repräsentation geschichtlich rekonstruiert.

Der Band liefert aber auch zu einem zweiten theoretischen Feld einen Beitrag, nämlich zur Theorie der Nation. Was ist eine Nation? Wie kann man ihr Entstehen erklären? Verschiedene Theorien geben auf diese Fragen bekanntlich sehr unterschiedliche Antworten (als Überblick Day und Thompson 2004; Salzborn 2011). Einigkeit besteht bis heute nicht. Ich plädiere dafür, das Politische, wiederum verstanden als das „Beziehungs- und Spannungsfeld, (...) in dem (...) eine Ordnung des Zusammenlebens geschaffen und praktiziert“ wird (Meier 1995, 16 f.), und hier insbesondere die Demokratisierung stärker ins Zentrum zu rücken. Damit möchte ich gegenüber solchen Ansätzen, die primär Veränderungen der Sozialstruktur und der Ökonomie betonen (Gellner 1995) oder sich auf kulturelle Symbol- und Bedeutungssysteme konzentrieren (Smith 2009), die im engeren Sinn politischen Erklärungsfaktoren aufwerten. Die Studie, auf der das vorliegende Buch basiert, entstand im Rahmen des Forschungsprojekts ‚Nationenbildung und Demokratie‘ an der Universität Luxemburg. Gegenstand dieses Forschungsprojekts war der Zusammenhang zwischen Nationsbildungsprozessen und den Auseinandersetzungen um politische, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe seit 1789 (Franz und Lehnert 2011 und 2013; Franz u. a. 2016). Vor allem die Rolle von Frauen, Arbeitern,

1. Einleitung

Migranten, Juden und der ländlichen Bevölkerung im Zuge der Nationsbildung wurde untersucht. Denn unterschiedliche Gruppen verbinden mit der Nation historisch sehr verschiedene Erfahrungen und Forderungen – das trägt zur Attraktivität der Nation als Form des politischen Gemeinwesens bei, verbietet es aber auch, sie umstandslos mit den in nationalistischen Kulturprodukten und Inszenierungen zur Schau gestellten Deutungen und Selbstbildern der Eliten zu identifizieren (Haupt und Tacke 1996, 262). Stattdessen ist zu untersuchen, wie soziale Konflikte ausgetragen wurden und wie verschiedene Gruppen dabei die nationale Semantik und Symbolik in je eigener Weise interpretieren und politisch für sich in Dienst nehmen konnten. Hierfür sind die Wechselwirkungen zwischen Nationsbildung und Demokratisierung entscheidend.

1.3 Aufbau

Der mit „Theorie“ überschriebene erste Teil des Buches diskutiert die neuere Forschungsliteratur zu Nation und Repräsentation. In Kapitel 2 werden zunächst verschiedene Theorien der Nation daraufhin befragt, inwiefern sie Demokratie und Repräsentation als Faktor von Nationsbildung begreifen. Es werden Leerstellen der gängigen Theorien benannt und ein stärker vom Politischen und vom inneren Konflikt ausgehender Begriff der Nation herausgearbeitet. Kapitel 3 diskutiert die neueren Repräsentationstheorien. Im Dialog mit Autoren wie Claude Lefort, Marcel Gauchet, Pierre Rosanvallon, Nadia Urbinati oder Ernesto Laclau wird dabei eine eigene Perspektive auf demokratische Repräsentation entwickelt, die die Dialektik von Konflikt und Gemeinschaftsvorstellung in den Mittelpunkt stellt. Der zweite Teil des Buches erdet diese Perspektive historisch. Kapitel 4 beschäftigt sich mit der ideengeschichtlichen Genealogie des Verhältnisses von Nation und Repräsentation in Europa. Dazu werden die Genese des Ideals der Nationalrepräsentation und dessen historische Transformation im Zuge der Politisierung des sozialen Konflikts rekonstruiert. Kapitel 5 ist eine Kurzfassung der Fallstudie zur Geschichte Luxemburgs und dient dazu, die zentralen Argumente exemplarisch am historischen Material zu veranschaulichen. Der letzte, mit „Gegenwart“ überschriebene Teil des Buches schlägt in Kapitel 6 den Bogen zu aktuellen Debatten rund um neue Formen globaler Demokratie und den Bedeutungsverlust des Nationalstaats. Es wird argumentiert, dass es zwar gute Gründe gibt, die Koppelung der Repräsentation an Nation und Staatsbürgerschaft zu problemati-

sieren – aber auch Gründe, in mancher Hinsicht daran festzuhalten. Weder der Handlungs- und Konfliktaspekt von Repräsentation noch die Differenz von Politik und Gesellschaft werden in den gängigen Argumenten für eine postnationale Entgrenzung der Demokratie angemessen berücksichtigt. Im Schlusskapitel 7 werden die verschiedenen Zugänge des Buches unter dem Begriff des ‚konfliktiven Republikanismus‘ zusammengeführt.

I. Theorie

2. Die Theorie der Nation und das Politische

2.1 *Was ist eine Nation?*

Was ist eine Nation? Die Nation gehört zu den Dingen, mit denen jeder eine bestimmte Vorstellung und Erfahrung assoziiert. Sie gehört zu unserem scheinbar selbstverständlichen Grundwissen über die soziale Welt. Wörter wie ‚mein Land‘, ‚ich als Deutscher‘ oder ‚ich als Franzose‘ kommen uns leicht über die Lippen. Und zweifellos hat ja auch fast jeder (außer Flüchtlingen) einen Pass und ein Heimatland. Aber kaum jemand könnte ohne weiteres sagen, worüber wir genau sprechen, wenn von Nation die Rede ist. Noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts beschrieb das Wort nur die Summe der auf einem Territorium lebenden Menschen. Die Enzyklopädie von Diderot erläutert unter dem Stichwort ‚Nation‘: „une quantité considérable de peuple, qui habite une certaine étendue de pays, renfermée dans de certaines limites, et qui obéit au même gouvernement“ (zit. nach Pasquino 1998, 56). Im 19. Jahrhundert verschob sich die Bedeutung: Nation wurde zu einer Art und Weise, das Zusammenleben der Menschen nicht nur äußerlich zu beschreiben, sondern normativ zu deuten und politisch zu ordnen (Kedourie 1986, 9). Deskriptive und normative Gehalte verschmolzen. Die Prinzipien dieser neuen nationalen Sicht der Welt gibt Osterhammel (2009, 582) wie folgt wieder: „Die Welt zerfällt in Nationen als ihre ‚natürlichen‘ Grundeinheiten (...). Die Nation – und nicht die lokale Heimat oder eine übernationale Religionsgemeinschaft – ist der primäre Bezugspunkt individueller Loyalität und der maßgebende Rahmen für Solidaritätsbildung. Eine Nation muss daher klare Kriterien der Zugehörigkeit zum Großkollektiv formulieren (...). Eine Nation erstrebt politische Autonomie auf einem definierten Territorium und benötigt zur Gewährleistung einer solchen Autonomie einen eigenen Staat“.

Als ebenso schwierig wie folgenreich erwies sich die damit aufgestellte Forderung nach eindeutigen Kriterien der Zugehörigkeit. Die Versuche, den Begriff der Nation anhand der verwendeten Zugehörigkeitskriterien näher zu definieren, sind zahlreich. Am bekanntesten wurde die Unterscheidung von Friedrich Meinecke (1969, 10), der die durch „Gemeinsprache, gemeinsame Literatur und gemeinsame Religion“ bestimmte „Kulturnation“ von der politischen Staatsnation differenzierte, die auf „der verei-

nigenden Kraft einer gemeinsamen politischen Geschichte und Verfassung“ beruhe. Die politische Dimension hat John Stuart Mill betont. Er schrieb 1861: „A portion of mankind may be said to constitute a nationality if they are united among themselves by common sympathies which do not exist between them and any others“ und „desire to be under the same government, and desire that it should be government by themselves or a portion of themselves exclusively“ (Mill 1977, 546). Der Franzose Ernest Renan stellte gegen Ende des 19. Jahrhunderts die geistige Kontinuität zwischen Vergangenheit und Zukunft in den Mittelpunkt: „Une nation est une âme, un principe spirituel. Deux choses qui, à vrai dire, n'en font qu'une, constituent cette âme, ce principe spirituel. L'une est dans le passé, l'autre dans le présent. L'une est la possession en commun d'un riche legs de souvenirs; l'autre est le consentement actuel, le désir de vivre ensemble, la volonté de continuer à faire valoir l'héritage qu'on a reçu indivis“ (Renan 1887, 306). Eine auf ‚Integration‘ abzielende soziologische Definition in der Tradition Durkheims gab kurz nach dem Ersten Weltkrieg Marcel Mauss: „Nous entendons par nation une société matérielle et moralement intégrée, à pouvoir central stable, permanent, à frontières déterminées, à relative unité morale, mentale et culturelle des habitants qui adhèrent consciemment à l'État et à ses lois“ (Mauss 1969, 584).

Diesen Definitionsversuchen könnten zahllose weitere hinzugefügt werden, wie die Zusammenstellung von Peter Alter (1994) zeigt. Keine dieser Definitionen ist aber für sich genommen wirklich tragfähig. Wir ahnen zwar mehr oder weniger, was mit den *common sympathies*, dem *principe spirituel* oder der *relative unité morale, mentale et culturelle* gemeint ist. Doch weder definieren solche Begriffe die Nation erschöpfend, noch beschreiben sie etwas, das nur der Nation eigen ist. Die Nation gehört zu jenen sozialen Phänomenen, die sich nicht oder doch nur sehr oberflächlich mit bündigen Definitionen fassen lassen. Das gilt auch für abgeleitete Begriffe wie den der ‚Nationsbildung‘. In der Forschung wird Nationsbildung beispielsweise als Prozess der „Integration“ oder kollektiven „Bewusstseinsbildung“ definiert (Deutsch 1972, 26 ff.; Osterhammel 2009, 585). Doch was heißt das? Um welche Sorte Integration und Bewusstsein geht es? Wer wird in was integriert und wodurch?

Will man diese Fragen klären, kann es nicht darum gehen, an unterschiedlichen Orten und Zeiten zur Definition von Nation herangezogene Merkmale wie Sprache, Abstammung, Territorium etc. additiv zusammenzutragen (so schon Kedourie 1986, 73). Man würde für jeden Einzelfall ein Gegenbeispiel finden, wo die Mitglieder einer Gemeinschaft sich

selbst als Nation sehen, ohne das Merkmal zu teilen. Die besonderen Merkmale und Akteure, die für eine einzelne, konkrete Nation historisch prägend sind, und der allgemeine Begriff der Sache sind also zweierlei (Nairn 1981, 335; Böckenförde 1999, 36). Bereits Max Weber schrieb, dass „Nation“ ein Begriff sei, „der, wenn überhaupt eindeutig, dann jedenfalls nicht nach empirischen gemeinsamen Qualitäten der ihr Zugerechneten definiert werden kann. Er besagt, im Sinne derer, die ihn jeweilig brauchen, zunächst unzweifelhaft: dass gewissen Menschengruppen ein spezifisches Solidaritätsempfinden anderen gegenüber *zuzumuten* sei (...). Weder darüber aber, wie jene Gruppen abzugrenzen seien, noch darüber, welches Gemeinschaftshandeln aus jener Solidarität zu resultieren habe, herrscht Übereinstimmung“ (Weber 2002, 528; Hervorhebung im Original). Worum es bei der Frage, was eine Nation ist, für den Sozialwissenschaftler geht, sind daher in erster Linie gesellschaftstheoretische Probleme: Wie entsteht und funktioniert die Zuschreibung eines spezifischen Solidaritätsempfindens? Warum ist sie erfolgreich, wenn es sich um eine nicht evidente Zumutung handelt? Wodurch unterscheidet sie sich von anderen Formen der Solidarität?

In den Sozialwissenschaften wurden diese Fragen bis vor zwei, drei Jahrzehnten kaum gestellt. Lange wurde die Nation als nicht weiter hinterfragter Normalfall der Organisation von Gesellschaft vorausgesetzt. Beispielsweise grenzte David Easton das politische System noch wie selbstverständlich von einer „internationalen Umwelt“ ab, ohne diese Grenzziehung näher zu problematisieren (Easton 1965, 69 ff.).¹ Zahlreiche Politische Theorien haben die nationalstaatlichen Institutionen und Grenzen stillschweigend vorausgesetzt, die Fragen nach der Natur und dem Ursprung der Nation aber nicht gestellt (kritisch dazu Canovan 1996; Abizadeh 2012). Die explizite Beschäftigung mit „nationaler Identität“ wurde der Geschichtsschreibung überlassen, die Umrisse einer allgemeinen Theorie blieben dort aber unter einer Masse von Detaildarstellungen verschüttet (Smith 1971, 257), die regelrecht am Gegenstand „klebten“ (Kittel 1995, 31).² Erst in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts kam es zu einer sozialwissenschaftlichen Neuentdeckung von Nation. Binnen weni-

1 Mittlerweile wird solches Für-Selbstverständlich-Halten in der Forschung als „methodologischer Nationalismus“ kritisiert (Billig 1995, 53; Chernilo 2006 und 2007). Siehe dazu auch die Kritik von Tilly (1985, 19 ff.) an der soziologischen Tradition.

2 Bei genauerem Hinschauen sind einige Relativierungen angebracht. So stammt die Erstauflage von Tom Nairns (1981) wichtigem Beitrag zur Analyse des Nationalis-

ger Jahre erschienen mehrere Standardwerke, deren gemeinsamer Nenner in der Einsicht lag, dass die Nation keine naturwüchsige Einheit ist, die als Normalfall vorausgesetzt werden kann, sondern ein unter ganz bestimmten historischen und gesellschaftlichen Verhältnissen entstandenes Gebilde, dessen Verständnis eine theoretische Anstrengung erfordert.³ Zwei zentrale Fragen beherrschten die Debatte. Erstens: Ist die Nation ein Produkt der Moderne oder hat sie ältere Wurzeln? Die zweite Frage drehte sich darum, ob die Nation nun real oder erfunden sei – eine Frage, deren sinnvolle Beantwortung offenkundig eine Auskunft darüber erfordert, was im Hinblick auf Gesellschaft mit Realität und Erfindung genau gemeint ist. Auf beide Fragen werde ich am Schluss dieses Kapitels zurückkommen. Ab den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts widmete sich eine zweite Generation von Autoren dem Gegenstand. Zu ihr gehören unter anderem Brubaker (1999, 2007), Delanty (2003), Billig (1995), Calhoun (1997, 2007), Hechter (2000) oder Chernilo (2007), zudem Noiriël (2001) in Frankreich oder Bielefeld (1998, 2003 und 2008) in Deutschland. Einige dieser Autoren bemühen sich, der Nation noch den letzten Schein von Natürlichkeit auszutreiben. Vor allem Brubaker (2007, 116) insistiert, dass Nationen keine realen Einheiten, sondern fluide kulturelle „Repräsentationen“ seien. Eine Folge dieser Dekonstruktion des Gegenstands in „cognitive schemas, discursive frames, organizational routines, institutional forms, political projects, and contingent events“ (Brubaker 2003, 555) ist, dass die theoretische Großdebatte zuletzt merklich verebbt ist.⁴ Sie ist darum aber noch keineswegs befriedigend gelöst. Von Zeit zu Zeit wird sie neu aufgerollt (Salzborn 2011; Smutny 2004).

mus bereits aus den siebziger Jahren. Ebenso sind aus der älteren Literatur Francis (1965), Deutsch (1953 und 1972), Seton-Watson (1977), Kedourie (1986) und Schieder (1991) hervorzuheben. All diese Arbeiten enthielten bereits Elemente einer allgemeinen Theorie.

- 3 Es sei an dieser Stelle auf die zahlreichen Überblicksdarstellungen zur Entwicklung der Nationsforschung verwiesen (Grosby 2005; Estel 1994; Smith 2010; Day und Thompson 2004; Döhn 2000; Delanty und Kumar 2006; mit stärker historischen Bezügen: Jansen und Borggräfe 2007; Wehler 2001; Weichlein 2006; Langewiesche 2000 und 2008; Kunze 2005).
- 4 Das Gros der gegenwärtigen Forschung besteht stattdessen in lose verknüpften Arbeiten zu einzelnen Teilaspekten wie der Veralltäglichen der Nation (Fox und Miller-Idriss 2008), Nationalismus und Sport (Hunter 2003) oder Nation und Geschlecht (Walby 2000).

2.2 Modernisierung, Industrialisierung, Differenzierung

In diesem Buch schlage ich vor, Nation vom Politischen her zu verstehen. Das ist nicht gleichbedeutend mit der Behauptung, dass das, was die ältere Literatur im Anschluss an Meinecke eine ‚Staats-‘ oder ‚Willensnation‘ nannte, die Essenz der Nation sei. Die These lautet vielmehr: Nur wenn wir fragen, auf welche politischen Probleme der Moderne die Nation antwortet und wie sie das tut oder verfehlt, lässt sich angemessen verstehen, was die Nation ist, warum sie sich als Ordnungsmodell durchgesetzt hat und wie sie sich historisch veränderte. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels möchte ich diese Sichtweise in der Auseinandersetzung mit den wichtigsten Theorien der Nationsforschung konkretisieren. Die einzelnen Ansätze werden daraufhin befragt, inwiefern sie dem Politischen als Faktor von Nationsbildung Bedeutung beimessen, und Anschlussstellen identifiziert, von denen aus sich weiterdenken lässt. Der erste Abschnitt (2.2) diskutiert die Modernisierungstheorie, die die Transformation der Sozialstruktur hervorhebt. Der zweite Abschnitt (2.3) behandelt mit Benedict Anderson einen Autor, der ebenfalls den Wandel der sozialen Verkehrsformen in der Moderne zum Ausgangspunkt nimmt, aber ein stärkeres Gewicht auf kulturelle Praktiken legt. Das dritte Unterkapitel (2.4) kontrastiert die Modernisierungstheorie mit der These ethnischer Ursprünge der Nation. Danach stehen im engeren Sinn politische Aspekte von Nation im Zentrum: die Souveränität (2.5) und der Kampf um Herrschaft (2.6), die Staatsbürgerrechte (2.7) und die Integration des sozialen Konflikts (2.8). Die abschließenden Abschnitte (2.9) behandeln historische Narrative und erfundene Traditionen, aber auch die Ambivalenzen und Exklusionspotenziale der Nation (2.10).

2.2 Modernisierung, Industrialisierung, Differenzierung

Im Kommunistischen Manifest prophezeiten Marx und Engels eine kosmopolitische Revolutionierung der Welt durch den Aufstieg der Bourgeoisie: „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen (...). An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr,

2. Die Theorie der Nation und das Politische

eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur. Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation“ (Marx und Engels 1848, 465 f.). Das liest sich wie eine Vorwegnahme der zahlreichen optimistischen Globalisierungsdiagnosen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Aus historischer Perspektive muss aber festgestellt werden, dass Marx und Engels die Komplexität der von ihnen angedeuteten Prozesse, vor allem die Wechselwirkung zwischen den ökonomischen und den politischen Prozessen, unterschätzten.⁵

Die relative Homogenisierung, Individualisierung und Vervielfältigung von Austauschbeziehungen, die aus der Entwicklung hin zum modernen Kapitalismus resultierte, führte keineswegs zum Verschwinden von Grenzen, sondern ging mit neuen Grenzziehungen einher. Die Durchsetzung kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse im 19. Jahrhundert bewirkte nicht das Verschwinden des Nationalismus, sondern wurde von dessen Aufschwung begleitet. Mit Blick auf diese Tatsache wurde behauptet, dass „the theory of nationalism represents Marxism’s great historical failure“ (Nairn 1981, 329). Vor diesem Hintergrund kann auch Ernest Gellners Buch *Nationalismus und Moderne* gelesen werden.⁶ Gellner war, anders als Tom Nairn, selbst kein Marxist.⁷ Aber auch sein Buch hat die Unzulänglichkeiten der marxistischen Modernisierungsdiagnose zum unausgesprochenen Ausgangspunkt und will zeigen, wie wirtschaftliche Modernisierung mit dem Entstehen der Nation als politischer Form zusammenhängt. Der zentrale Bezugspunkt Gellners ist aber nicht der Kapitalismus, sondern, im Anschluss an das Differenzierungstheorem der Soziologie, die Industrialisierung und ihre Auswirkung auf die Struktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung: „Nationalismus ist verwurzelt in einer ganz bestimm-

5 Sieht man einmal davon ab, dass das ‚Hineinreißen‘ der ‚barbarischen‘ Nationen in die Zivilisation im Zeitalter des Imperialismus oft auch mehr mit Raubzug als mit Freihandel und Weltliteratur zu tun hatte.

6 Zu Werk- und Rezeptionsgeschichte Hall (2006).

7 Berberoglu (2004) verwirft aus orthodox-marxistischer Sicht Gellners Ansatz gar explizit als „bourgeois“.

ten Art der Arbeitsteilung, die gleichzeitig komplex und auf beständige und kumulative Weise dem Wandel unterworfen ist“ (Gellner 1995, 42). Die alte Agrargesellschaft habe aus einer Gesamtheit stabiler, aber kaum miteinander im Austausch stehender Einzellebenswelten bestanden, die sich relativ autark reproduzierten. Der Einzelne habe in der Regel innerhalb der überlieferten sozialen und kulturellen Grenzen seiner Familie, seines Standes und seiner lokalen Herkunftsgruppe gelebt und gedacht. Mit dem Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft habe sich das in drei fundamentalen Hinsichten geändert.

Erstens sei die Industriegesellschaft durch die Erwartung stetigen Wachstums und ständiger Innovation gekennzeichnet. Aus dieser Umstellung resultierten zweitens eine Zunahme sozialer Mobilität und eine Auflösung der starren traditionellen Berufs- und Rollenstruktur. Die Modernisierung erzeuge auf diese Weise eine spezifische Form des Egalitarismus: „Die moderne Gesellschaft ist nicht mobil, weil sie egalitär ist; sie ist egalitär, weil sie mobil ist“ (Gellner 1995, 42). Gemeint ist aber nicht eine Gleichheit des Besitzes oder der politischen Rechte, sondern eine funktionale Austauschbarkeit. Dieser Prozess sei, vermerkt Gellner (1995, 36) im Anschluss an Max Weber, mit einem Wandel der gesellschaftlichen Rationalität hin zu in sich kohärenten, zweckrationalen Regelsystemen einhergegangen. Da die Industrialisierung es erfordere, dass austauschbare Personen an wechselnden Orten je nach Bedarf flexibel eingesetzt werden können, entwickle sich eine vereinheitlichte Zweckrationalität mit standardisierten Prozessen und Qualifikationen. In diesem Zusammenhang identifiziert Gellner als drittes Merkmal der Industriegesellschaft das Erfordernis einer homogenen Hochkultur und eines zentralisierten Bildungssystems. Standardisierte Abläufe benötigen eine standardisierte Ausbildung: Erst allgemeine Kommunikationsstandards, Hochsprache und Schrift ermöglichen es, die neue Mobilität produktiv zu nutzen. Dazu bedürfe es Institutionen, die die kulturelle Reproduktion der Gesellschaft über die Grenzen verschiedener, bis dahin getrennt lebender Gruppen hinweg sicherstellen. Nicht der Henker, sondern der Professor garantiere die soziale Ordnung einer „anonymen, unpersönlichen Gesellschaft aus austauschbaren atomisierten Individuen, die vor allem anderen durch eine (...) gemeinsame Kultur zusammengehalten wird – anstelle der früheren komplexen Struktur lokaler Gruppen, zusammengehalten durch Volkskulturen, die sich lokal (...) selbst reproduzierten“ (Gellner 1995, 56 und 89). Das Ergebnis dieser Prozesse sei, dass die Einzelnen ihre Biographie, ihr Selbstwertgefühl und ihre Identität nicht mehr an die verschwindende

2. Die Theorie der Nation und das Politische

dörfliche Lebenswelt, ihre familiäre Abstammung oder ihren sozialen Stand binden, sondern unmittelbar an ihre Erziehung und Ausbildung – und damit an die Institutionen und die Kultur, die Erziehung und Ausbildung bereitstellen und vermitteln. Hier schließt Gellner unausgesprochen an die früheren Arbeiten von Karl W. Deutsch (1953 und 1972) über die Intensivierung sozialer Kommunikation als Grundlage der Nationsbildung an. Bereits vor Gellner hatte Eugen Weber (1976) in seiner Studie ‚Peasants into Frenchmen‘ den Prozess der Homogenisierung und Modernisierung ländlicher Lebenswelten exemplarisch dargestellt.

Gemeinsame Kultur an sich definiert aber noch keine Nation. Kultur ist dynamisch und in sich differenziert. Ausschlaggebend ist für Gellner das Vorhandensein oder Entstehen eines Staates, der zwischen den sozial freigesetzten, mobilen Individuen einen allgemeinen Zusammenhang herstellt und denselben über ein flächendeckendes Kommunikations-, Verwaltungs- und Bildungssystem dauerhaft reproduziert (Gellner 1995, 80 f.). Das lege es nahe, im Umkehrschluss die von oben erschaffenen homogenen Kulturen ihrerseits als die „natürlichen Lagerstätten“ staatlicher Macht zu verstehen und zu mobilisieren (Gellner 1995, 86). Das impliziert, dass wie auch immer geartete kulturelle Besonderheiten und Überlieferungen – auch wenn der Nationalismus sie, wo sie denn bestehen, gelegentlich aufgreift und für seine Zwecke benutzt – für eine begriffliche Durchdringung des Phänomens Nation nur wenig Aussagekraft besitzen. Denn der „Nationalismus ist nicht das, was er scheint, und vor allem ist er nicht, als was er sich selbst erscheint“ (Gellner 1995, 87). Nicht auf das Alte, das in nationalistischer Folklore beschworen wird, komme es an, sondern auf das Neue, das im Hintergrund wirkt.

Eine modifizierte Form des funktionalen Arguments hat in den letzten Jahren die Systemtheorie verteidigt. Gellners Ausgangspunkt war die Umstellung von Statik auf Dynamik im Übergang zur Industriegesellschaft: Menschen üben nicht mehr ihr Leben lang denselben Beruf aus, definieren ihre sozialen Rollen nicht mehr durch Standes- und Familienzugehörigkeit etc. Dem entspricht in der Systemtheorie im Anschluss an Luhmann die noch allgemeinere These des Übergangs zur funktionalen Differenzierung, sprich der Neuordnung von Gesellschaft entlang der horizontalen Differenz von Teilsystemen wie Wirtschaft, Politik oder Wissenschaft, die sich gerade darin gleich sind, dass sie alle nach Maßgabe ihrer eigenen Funktionslogik operieren. Die – relativ schlichte – Pointe eines systemtheoretischen Begriffs der Nation besteht darin, dass gerade die Selbstthematisierung als Nation den an sich höchst unwahrscheinlichen evolutionären

Übergang zur funktionalen Differenzierung mit ermöglicht habe (Schimank 2005, 398; Nassehi 1999, 163; Richter 1996; vgl. Becker und Reinhardt-Becker 2001, 97 f.).⁸ Der Erfolg der Nation als „Selbstbeschreibungskategorie der Moderne“ hänge damit zusammen, dass sie „die Einheit verschiedener funktionaler Subsysteme hinsichtlich ihrer segmentären Geltungsgrenzen“ behaupte (Hahn 2000a, 29), Kommunikationen auf unterstellte Kollektive zurechne. Übereinstimmend wird der Nation dabei vor allem eine Integrationsfunktion zugesprochen. In der funktional differenzierten Gesellschaft ist der Einzelne ja nicht durch Zugehörigkeit zu einem System definiert, sondern gerade durch den Unterschied dazu (Reinhardt 2006, 101 ff.). Personen haben an einer Vielzahl von Funktionssystemen teil, aber kein Funktionssystem bietet einen Ort für das Individuum als solches. Was das eigentlich Individuelle im Gegensatz zu den jeweiligen funktionsbezogenen Teilidentitäten ausmacht, wird daher in einem Fluchtpunkt jenseits der Funktionssysteme gesucht, und die Frage der Fragmentierung, der nicht-gelingenden Identitätsbildung, wird zum Dauerproblem der Selbstthematization in Literatur, Philosophie und Psychologie. Die Nation bietet hier ein Selbstbeschreibungsangebot an, das eine Vollinklusion jenseits der Funktionssysteme zumindest verspricht: „Einerseits ermöglicht die Moderne Personenbildungsprozesse und Individualisierung in einem vorher unmöglichen (...) Ausmaß. Der Preis dafür (der zugleich die Bedingung ihrer Möglichkeit ist) ist aber die Unmöglichkeit, diese einzigartige Individualität als Ganze zum Teil eines sozialen Systems zu machen, sie als Ganze zu inkludieren. Es sei denn auf dem Weg einer funktionsfähigen Fiktion“ (Hahn 2000b, 71). Eine solche funktionale Fiktion bietet die Nation. Ihrem soziologischen Charakter nach ist sie Alois Hahn (2000a, 24) zufolge daher ebenso originär modern wie die funktionale Differenzierung: beide seien „koevolutiv“.

Die Quintessenz der verschiedenen Varianten der Modernisierungstheorie lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse und der Prozess funktionaler Differenzierung lösen die Menschen, ihre Interessen und die Art und Weise, wie sie ihren Standort in der Gesellschaft definieren, aus der alten, starren Ordnung heraus. Die Nation kann in diesem Zusammenhang in einem ersten Schritt als eine die Differenzierung und Arbeitsteilung überbrückende funktionale Fiktion

8 Auf die Systemtheorie und ihre Perspektive auf Nation bin ich anderswo näher eingegangen (Dormal 2013b).

2. Die Theorie der Nation und das Politische

verstanden werden. Das erscheint – auf einer sehr hohen Abstraktionsebene – durchaus einleuchtend. Die Beziehung der Nation zur modernen Gesellschaft ist damit allerdings nur äußerlich beschrieben. Insbesondere die Rolle des Staates und die Stellung der Politik werden in der Modernisierungstheorie nur gestreift und bleiben unklar. Im Prinzip lassen sich zwei Lesarten unterscheiden. Die erste, streng funktionalistische Lesart argumentiert, dass die Nation „sich unvermeidlich aus den Anforderungen einer modernen Ökonomie“ (Gellner 1995, 204) entwickelte, weil sie für Verwaltung und Arbeitsmarkt unmittelbar nützlich war. In dieser Lesart besteht zwischen gesellschaftlicher Modernisierung und Nationsbildung letztlich ein direkter Zusammenhang. Der Staat kommt nur als sekundärer Vermittler ins Spiel, als Instanz der Zentralisierung und Homogenisierung von Kommunikation, auf deren Kontrolle sich dann gleichwohl nationalistische Strategien richten. In diesem Sinne wird die Modernisierungstheorie in der Forschung meist rezipiert. Demokratie spielt demnach keine große Rolle. Die zweite Lesart unterstellt keinen unmittelbaren funktionalen Zusammenhang. Sie betrachtet die Nation vor allem als indirektes Produkt einer politischen *Verarbeitung* des sozialen Wandels. Aus marxistischer Sicht hatte so etwa Tom Nairn (1981) argumentiert, Nationsbildung sei nicht einfach ein Produkt der Moderne, sondern vor allem ein Effekt ihrer ungleichen und fragmentierten Durchsetzung, an der sich gegenläufige Mobilisierungen entzündeten. In diesem Fall sind die Strukturen des politischen Systems, in denen die Verwerfungen der Modernisierung politisch ausgetragen werden, von ungleich größerem Interesse. Ich möchte für diese zweite Lesart plädieren.

2.3 Säkulare Öffentlichkeit und leere Zeit

Dass die Nation eine moderne Erfindung ist, die aus langfristigen Umwälzungen in der Struktur des Sozialen resultiere, hat zeitgleich mit Gellner auch Benedict Anderson argumentiert. Anders als Marx, anders auch als funktionalistische Ansätze, spricht er der Vorstellungskraft der Menschen dabei aber eine größere Eigenständigkeit zu. Mit dem Begriff der vorgestellten Gemeinschaft hat Anderson *den* zentralen Begriff der neueren Na-

tionsforschung geprägt.⁹ Grundsätzlich ist aber jede Gemeinschaft, deren Mitglieder nicht in direktem Kontakt stehen, eine vorgestellte Gemeinschaft. Es geht also nicht darum, vorgestellte von authentischen Gemeinschaften zu unterscheiden, sondern um die je besondere Weise, wie eine Gemeinschaft vorgestellt wird.

Die Nation ist eine Gemeinschaft, die als begrenzt und souverän vorgestellt wird (Anderson 2005, 15). Sie ist *vorgestellt*, weil die Mehrzahl ihrer Mitglieder einander weder kennen noch jemals begegnen und trotzdem im Kopf eines jeden eine Vorstellung dessen existiert, was es heißt, Mitglied der Nation zu sein. Die Nation ist *begrenzt*, weil sie sich durch eine kohärente und dauerhafte Abgrenzung nach außen definiert. Weder will eine Nation, wie manche Religionen es anstreben, alle Menschen zu ihren Mitgliedern machen, noch tendiert sie dazu, wie der Imperialismus es tat, im Namen von Reich und Rasse territoriale Grenzen zu übergreifen. Die Nation wird als *souverän* vorgestellt, weil sie nach dem Vorbild der Einheit und Selbstbestimmung gedacht wird. Schlussendlich ist die Nation natürlich eine *Gemeinschaft*, was heißt, dass unter ihren Mitgliedern eine besondere, schicksalhafte Verpflichtung bestehen soll, die gegenüber Fremden nicht vorliegt. Daher ist auch für Nationalisten „der Tod für das eigene Land (...) von einer moralischen Erhabenheit gekrönt, an die das Sterben für die Labour Party, für die American Medical Association und auch für Amnesty International nicht im geringsten heranreicht, da man diesen Vereinigungen leicht beitreten und sie wieder verlassen kann“ (Anderson 2005, 145). Dabei muss nicht nur jeder einzelne sich die anderen Mitglieder der Gemeinschaft vorstellen. Er oder sie muss sich auch und vor allem die besondere Art und Weise, wie die Mitglieder untereinander verbunden sind, vorstellen: Kennzeichnend für die Nation ist die Gleichzeitigkeit von Einheit und Vereinzeln, das Gefühl, an einer Schicksalsgemeinschaft teilzuhaben mit anderen, denen man verbunden ist, ohne sie zu kennen oder persönliche Eigenschaften mit ihnen zu teilen. Diese nationale Vorstellung entstand, folgen wir Anderson, aus der Kreuzung von drei parallelen gesellschaftlichen Transformationsprozessen.

Die erste Veränderung lag im Verblässen der Bindekraft religiöser Gemeinschaften, in denen eine kleine Schicht von Eingeweihten das Monopol auf die Wahrheit und das geschriebene Wort hatte. Insbesondere die

9 In der deutschsprachigen Forschung hat der verwandte Begriff der „gedachten Ordnung“ ebenfalls gewisse Bekanntheit erlangt (Lepsius 1990, 233).